

**Per Mail-Newsletter an die Landtagsfraktion der Grünen, Oktober 2023**  
**Betreff: „Eilt: Wording Migration / TV-Interviews“**

**1. Grundsätzliche Position der Grünen zur Migration**

- Für die Anliegen der Menschen habe ich vollstes Verständnis.
- Gestiegene Flüchtlingszahlen, fehlender Wohnraum und eine schwierige Situation an den Schulen stellt alle vor massive Herausforderungen.
- An vielen Orten ist die Belastungsgrenze erreicht.
- Eine Politik aus Humanität und Ordnung ist unsere Leitschnur.
- Humanität heißt: Wer in Not ist oder ein Recht hat zu arbeiten, der soll hier bleiben dürfen.
- Ordnung bedeutet: Wer kein Asyl erhält oder sein Asylrecht verwirkt, der muss zurück in sein Heimatland.
- Unabhängig davon sind unsere Unternehmen auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen.

**2. Wie kann die Politik den Kommunen besser unter die Arme greifen?**

- Unsere Städte und Gemeinden setzen sich mit voller Kraft für eine gelungene Integration und ausreichenden Unterbringungen ein, von der Verwaltung in Rathäusern bis zu freiwilligen Helfern.
- Fakt ist: Uns gehen die Wohnungen aus – die Unterbringungsmöglichkeiten platzen aus allen Nähten.
- Wir brauchen deshalb mehr Erstaufnahmeeinrichtungen und mehr Plätze im Land, wenn wir die Kommunen entlasten wollen.
- Wir müssen ebenso Migranten schneller in Lohn und Brot bringt, als sie wegen veralteter Vorschriften zum Warten zu verdammen.
- Langfristig brauchen wir mehr Klarheit bei der Einwanderung: Klare Regeln für diejenigen, die aus humanitären Gründen nach Deutschland kommen. Und klare Regeln für diejenigen, die als Zuwanderer einen Arbeitsplatz bei uns suchen. Beide Gruppen passen nicht unter den Hut des Asylrechts.
- Und was die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland angeht führen wir eine zentrale Einrichtung von Ausländerbehörden ein. Sie soll viele Verfahren beschleunigen – von der Anerkennung von Berufs- oder Studienabschlüssen bis zu Unterstützung beim Start in Deutschland

### **3. Wie begegnen sie der kritischen Sicht der Bürger gegenüber Migration?**

- Wir müssen an wirksamen Lösungen arbeiten, die die Situation vor Ort tatsächlich verbessern.
- Die Stimmung steigt und fällt mit funktionierender Infrastruktur: genügend Wohnraum, funktionierender Verkehr, eine gescheite Bildung für alle.
- Ich erlebe viel Zuversicht und Optimismus bei Bürgern und Unternehmen. Sie sagen: Man muss im Alltag merken, dass Politik funktioniert.
- Wenn wir mit unseren Verbesserungen also genau dort ansetzen, können wir die Menschen aus ihrer Frustrationsspirale holen und die politische Stimmung womöglich drehen!

### **4. Was soll auf EU-Ebene besser werden?**

- Auf europäischer Ebene müssen andere Spielregeln her.
- Die EU muss handlungsfähiger werden! Durch Steuerung, Ordnung und Regulierung.
- Ich will ehrlich sein: Die Steuerung der Migration hat der Staat nie 100% in der Hand.
- Damit wir die Zuwanderung zumindest besser steuern können, müssen wir das europäische Asylsystem neu aufstellen.
- Dieses wird nur funktionieren, wenn sich künftig alle Länder in der EU ihren Teil der Verantwortung übernehmen.
- Außenministerin Baeböck hat auf europäischer Bühne im Sommer dafür gesorgt, dass die EU-Länder den Flüchtlingsstrom an den Außengrenzen besser steuern können.
- Perspektivisch müssen wir nun Wege zu regulärer Migration schaffen - beispielsweise durch Abkommen mit den Herkunftsländern (Migrationspartnerschaften).
- Das schafft Verbindlichkeit - und damit lässt sich irreguläre Migration an unseren Außengrenzen begrenzen.

### **5. Ihre Position zu schärferen Kontrollen an den Außengrenzen?**

- Uns alle muss klar sein: Wenn wir die Binnengrenzen schließen, steht eine der größten Errungenschaften Europas auf dem Spiel: Der freie Verkehr von Menschen und Waren innerhalb der EU.
- Machen einzelne Länder die Grenzen dicht, befürchte ich, dass ein Dominoeffekt auf uns zukommt: Ein Europa, das beim Reisen nicht mehr erkennbar ist.

- Das können wir nicht wollen! Gar nicht zu schweigen von den Folgen für die Wirtschaft, wenn jeder LKW kontrolliert werden müsste.
- Mobile Grenzkontrollen können eine Antwort gegen Schlepper sein.
- Wir brauchen jedoch vor allem nachhaltige Lösungen, die alle europäischen Staaten vereinen und einbeziehen. Der Europäische Rat hat einen wichtigen Schritt gemacht, um für eine faire Verteilung zu sorgen.

## **6. Wie wollen sie Flüchtlinge schneller abschieben?**

- Asylgesetze funktionieren nicht ohne die Akzeptanz der Bürger! Deshalb stehe ich für eine klare Ausweisung derjenigen, die schwere Straftaten begehen oder kein Recht haben hierzubleiben.
- Humanität und Ordnung – das ist der entscheidende Zweiklang. Wer in Not ist, sollte bleiben dürfen. Wer nicht, muss zurück.
- Anerkannte Flüchtlinge können zu recht nicht abgeschoben werden.
- Menschen, deren Asylgesuch abgelehnt wurden, müssen aber gehen – vor allem abgelehnte Asylsuchende, die schwere Straftaten begangen haben.
- Deswegen ist es richtig, dass wir in Baden-Württemberg den Sonderstab Gefährliche Ausländer eingerichtet haben, der ausreisepflichtige gefährliche Straftäter unbürokratisch abschiebt.

## **7. Sollen Migranten Sachleistungen statt Geld erhalten?**

- Sachleistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen ja, darüber hinaus aber nicht!
- Fakt ist: Aus guten Gründen haben wir die Sachleistungen 2014 abgeschafft. In der Praxis war das teuer und aufwendig. Da wurden Essenspakete geschnürt, die nicht angenommen wurden und von Firmen extra verpackt werden mussten.
- Geldmittel haben sich bewährt: In der Praxis ist die Auszahlung die unkomplizierteste und kosteneffizienteste Methode. Sie gibt den Geflüchteten zudem mehr Freiheit in der Grundversorgung.
- Bei der Geldkarte gibt es Diskussionsbedarf. Und hier sind Fragen offen: Bayern hat mit seinem Modellversuch zu "Prepaid-Karten" einen Fehlschlag erlitten. 2019 wurde die Karte drei Monate lang im "Ankerzentrum" Zirndorf getestet. Erfolglos. Und auch der Testlauf im Landkreis Erding musste abgebrochen werden.
- Das zeigt: Schnelle, populistische Lösungen funktionieren nicht!

## **8. Ihre Position zu einer Obergrenze?**

- Wir Grüne lehnen eine Obergrenze ab – sie steht gegen das Recht auf Asyl und das humanitäre Völkerrecht.

- Vielmehr müssen wir die Bedingungen verbessern: Beispielsweise, dass die Menschen, schnell in den Arbeitsmarkt kommen und nicht drei Monate warten müssen.
- Wir Grüne setzen uns für dafür ein, legale Zugangswege zu stärken. Damit begrenzen wir automatisch irreguläre Migration.
- Gleichzeitig können wir damit unseren großen Bedarf an Arbeitskräften decken. Dafür ist die Reform des Fachkräftegesetzes, wie sie die Ampel gerade beschlossen hat, ein wichtiger Baustein.
- Damit kleine und mittelständische Betriebe dringend benötigte Arbeitskräfte aber tatsächlich finden, benötigen sie Unterstützung bei der Anwerbung im Ausland.
- Hier brauchen wir Migrationsabkommen. Diese Abkommen mit den Herkunftsländern wollen wir mit Vereinbarungen zur Rücknahme von ausreisepflichtigen Staatsbürgern verknüpfen.

#### **9. Position zum Kompromiss, den die EU-Staaten bei der Asylreform erzielt haben?**

- Mit der Krisenverordnung versucht die EU, die Asyl- und Migrationsregeln in einem Krisenfall besser zu handhaben.
- In der neuen Krisenverordnung ist beides enthalten: Humanität und Ordnung zugleich. Dafür hat sich unsere Außenministerin eingesetzt.
- Und auch dafür, dass es nicht zu einer Aufweichung von humanitären Mindeststandards wie dem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung kommt.
- Deutschland steht hinter diesem neuen Plan. Denn er denkt an die Menschlichkeit selbst in harten Zeiten. Das betrifft die Unterkunft, die Gesundheitsversorgung und die Bildung für Geflüchtete.